

JUDITH DELLHEIM, GABI ZIMMER UND LUTZ BRANGSCH

VON SED UND PDS LERNEN HEISST, DIE EIGENE PARTEI RADIKAL ZU KRITISIEREN

Der 30. Jahrestag des Außerordentlichen Parteitages der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) bzw. der SED-PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) fiel zum einen in eine Phase intensiver politischer Kämpfe um die Deutung der Geschichte der DDR, insbesondere der «Wende» vom Herbst 1989 und der «deutschen Einigung». Zum anderen fiel er in eine Zeit, da die Partei DIE LINKE auch und insbesondere angesichts der Ergebnisse von Wahlen zum Europäischen Parlament und zu den Landesparlamenten gedrängt ist, die eigene Arbeit selbstkritisch zu reflektieren. Geändert hat sich nicht zuletzt die politische Konstellation, mit Entwicklungen wie den Jugendprotesten gegen die herrschende Klimapolitik auf der einen und gravierend gewachsener Gewalt in der Gesellschaft auf der anderen Seite. Wollen sozialistische Akteure und Linkspartei lernend stärker werden, gilt es nicht zuletzt, sich mit den Widersprüchen zwischen der Partei als Organisationsform, den Emanzipationsansprüchen ihrer Mitglieder und dem sozialistischen Ziel zu befassen.

WAS WAR 1989/90 DAS PROBLEM?

Inwieweit die Mitglieder der Partei in und mit ihrer Emanzipation und Solidarität leben, hängt von ihrer Organisation und Arbeitsweise unter konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen ab. Ob, wie und mit welchen Ergebnissen die hierbei wirkenden Widersprüche in der SED diskutiert wurden, hatte wesentlich mit der Geschichte der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien zu tun.

Ganze Generationen hatten bürgerlich-demokratische Rechte nicht bzw. nur kaum kennengelernt. Sie waren vielfach mit Terror konfrontiert, zur Beteiligung an Kriegen durch den Staat und/oder ihre moralischen und internationalistischen Überzeugungen (z. B. Spanien 1936–1939) genötigt. Die ersten sozialistischen Versuche gingen aus Kriegen hervor. Die Kriege gegen die Sowjetunion, insbesondere der Zweite Weltkrieg, hatten ganze Bevölkerungsgruppen ausgelöscht. Der Kalte Krieg war mit wechselseitiger Bedrohung und heißen Kriegen verbunden. Die Konkurrenz zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien sowie die Erfahrungen mit sozialdemokratischem Opportunismus erschwerten die erforderliche kommunistische Selbstkritik gravierend. Sowohl in der sozialdemokratischen als auch in der kommunistischen Tradition wollten die Mitglieder ihre Partei als Heimat und politischen Kampfverband. Beide Parteimodelle basierten auf hierarchischen Strukturen und der Orientierung am Staat.

Deshalb blieben Geschlechterverhältnisse, die ökologische Problematik, die Solidarität mit den Kolonisierten

marginalisiert. Daher gab es verschiedene Kategorien von Parteimitgliedern, die über verschiedene Informationen und Rechte verfügten. Die Widersprüche in der Partei und ihrer Politik, bei und unter den Kontrahenten und in der Gesellschaft wurden nicht gründlich kollektiv analysiert und diskutiert. So gab es wenig kollektive Reflexion von eigenen Erfahrungen, keine Kritik und Selbstkritik als praktiziertes «Bewegungsgesetz» der Partei. Die Verflechtung von Partei und Parlamentarismus bzw. von Partei und Staat spitzte diese Probleme noch weiter zu und beförderte Karrierismus. Das entfremdete die Parteimitglieder zunehmend von ihrer Partei. Mit jeder Erfolgsmeldung und Instrumentalisierung von geschichtlichen Ereignissen durch die Partei- (und Staats-)Führung wuchs die Einsicht, dass «das nicht so weitergehen kann».

Sehr viele Mitglieder der SED empfanden spätestens seit den gefälschten Kommunalwahlergebnissen vom Mai 1989, der massenhaften Republikflucht vom Sommer und Frühjahr, der hör- und sichtbarer werdenden Kritik der «Opposition» und der Polizeieinsätze gegen Protestierende die Parteipolitik als unerträglich. Hinzu kam, dass die «Opposition» mit Verweis auf diese Tatsachen immer lauter die «führende Rolle der SED» in der Gesellschaft erst anzweifelte, dann angriff. Immer häufiger fragten SED-Mitglieder nach dem «Sozialistischen» in «ihrer Partei». Die Forderung vieler Bürgerrechtler*innen, den existierenden Realsozialismus in einen demokratischen Sozialismus umzubauen, wurde be-

sonders von jüngeren Mitgliedern aufgegriffen. Sie erhofften sich von Gorbatschows Perestroika und Glasnost-Politik Impulse zur Überwindung von gesellschaftlichen Verkrustungen und Erstarrungen.

Die Parteiführungen waren unfähig, sich dem wachsenden gesellschaftlichen Druck zu stellen, der dramatisch wachsenden Ausreisewelle von vor allem jungen Bürger*innen mit wirksamen Reformen zu begegnen, und verstärkten gerade in den letzten 18 Monaten vor der «Maueröffnung» die Disziplinierung von Parteimitgliedern. Es kann durchaus von einer erneuten stalinistisch geprägten «Parteiareinigung» gesprochen werden. Davon zeugten zahlreiche Parteiverfahren und -ausschlüsse und die Vorbereitung des Umtauschs der Mitgliedsausweise als Gesinnungsprüfung. Parteiaustritten wurde mit Parteiausschlüssen zugekommen. Zum Dokumentenumtausch kam es nicht mehr. Stattdessen begehrten immer mehr Mitglieder der SED auf, stellten, Forderungen aus den Bürgerbewegungen und den machtvollen Montagsdemonstrationen aufgreifend, selbst die «führende Rolle der Partei in der Gesellschaft» infrage und forderten eine «sozialistische Demokratisierung».

WIE REAGIERTEN SED-PDS AUF DIESE PROBLEME?

Der erste Schritt: Kritik von Personen

Am 8. bis 10. November fand die 10. Tagung des Zentralkomitees der SED statt. Das Politbüro trat zurück und die Vierte Parteikonferenz wurde für den 14. bis 17. Dezember 1989 einberufen. Vor dem Gebäude des Zentralkomitees protestierten Genoss*innen, die völlig zu Recht der Auffassung waren, dass der erforderliche radikale Kurswechsel noch immer ausstand. Wieder blieben die Forderungen der Mitglieder, endlich relevant Einfluss auf die Entwicklung der Parteipolitik nehmen zu können, ungehört. Als dann am 9. November die Staatsgrenze der DDR geöffnet wurde, war den meisten klar, dass sie die SED umwälzen mussten, wenn sie um ihr Land kämpfen wollten. Am 10. November 1989 kamen 155.000 Menschen, vor allem Mitglieder der SED, im Berliner Lustgarten zusammen. Die meisten Redner*innen forderten statt einer Parteikonferenz einen Außerordentlichen Parteitag. Das war kein geringer Unterschied: Die geforderten strukturellen Veränderungen der SED konnten gemäß Parteistatut nur von einem Parteitag eingeleitet werden. Eine Parteikonferenz blieb jedoch eine Angelegenheit des Zentralkomitees. Sie durfte zum einen lediglich einzelne «Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees und der Zentralen Revisionskommission» abberufen und aus den Reihen der Kandidat*innen neue Mitglieder wählen. Zum anderen waren die Beschlüsse der Parteikonferenz vom Zentralkomitee zu bestätigen. Am 12. November wurde der Außerordentliche Parteitag einberufen. Fünf Tage danach nahm eine neue Regierung ihre Arbeit auf. In seiner Erklärung sprach Ministerpräsident Hans Modrow von einer «Regierung des Volkes und der Arbeit» und versprach, die eingeleitete demokratische Erneuerung voranzutreiben und das politische System zu reformieren. Am 26. November riefen 31 Bürger*innen der DDR dazu auf, sich «Für unser Land»¹ zu engagieren. Der Aufruf traf den Nerv der meisten Mitglieder der SED. Trotzdem sank die Mitgliederzahl der SED von 2,3 Millionen auf etwa 700.000. Wer blieb, wollte im Allgemeinen eine SED, die alles für eine zu forcierende demokratische Massenbewegung «Für unser Land» tat.

Eine Außerordentliche Tagung des Zentralkomitees am 3. Dezember schloss Erich Honecker, Erich Mielke, Willi Stoph, Horst Sindermann und andere aus der SED aus. Anschließend traten das Politbüro und das Zentralkomitee zurück. Es wurde ein Arbeitsausschuss unter Vorsitz von Herbert Kroker konstituiert, der den Außerordentlichen Parteitag vorbereiten sollte. Dazu gehörten vor allem Mitglieder der neugewählten Bezirksleitungen und weitere Genossen wie Gregor Gysi, der frisch ernannte Leiter der Untersuchungskommission zur Überprüfung von Machtmissbrauch und Korruption in der SED. Der Arbeitsausschuss setzte am folgenden Tag acht Arbeitsgruppen an, um den Parteitag kollektiv vorzubereiten. Am 6. Dezember trat Egon Krenz als Staatsratsvorsitzender zurück. Einen Tag später tagte erstmalig der Zentrale Runde Tisch.² Der Außerordentliche Parteitag vom 8./9. und 16./17. Dezember erklärte den Bruch mit dem stalinistischen Erbe, dem «Stalinismus als System», mit der «marxistisch-leninistischen SED». Er wählte einen neuen Parteivorstand und Gregor Gysi zum Parteivorsitzenden. Die personelle Erneuerung war aber der leichtere Teil.

Der zweite Schritt: Kritik der Strukturen, der Organisationskultur und der Ideologie

Für den Parteitag war die Rede des Gastes Rudolf Bahro ein Höhepunkt. Als SED-Mitglied hatte Bahro die Staatspartei und die Strukturen der DDR-Gesellschaft radikal kritisiert, war aus der Partei ausgeschlossen und inhaftiert, 1978 zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, 1979 amnestiert und in die Bundesrepublik entlassen worden. Er war nicht der einzige Dissident der SED (wie z. B. auch Robert Havemann), aber der einzige, der auf dem Parteitag die «sozialistische Industrialisierung» kritisierte und de facto ein Konzept für eine demokratische sozialökologische Transformation der DDR bzw. Ostdeutschlands entwarf. Bahros Rede war also nicht nur Erinnerung an die Repressionen der hierarchischen Parteiorgane gegenüber Missliebigen. Sie griff darüber hinaus den noch bestehenden Konsens in der Auffassung von «Fortschritt» an, verwies auf die Ursachen der sich anbahnenden «Zivilisationskrise», die auch mit dem Realsozialismus verbunden war.

Der darauf völlig unvorbereitete Parteitag vernahm den Bericht der Arbeitsgruppe «Zur Krise der Gesellschaft, zur Verantwortung der SED»³, vorgetragen von Michael Schumann. Dort wurde klar gesagt: «Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System [...] Erich Honecker und sein Politbüro konnten vor allem deshalb einen derartigen Schaden anrichten, weil ein Geflecht von Strukturen allgegenwärtiger Apparate und eine Rechtfertigungs-ideologie einen derartigen Machtmissbrauch ermöglichten bzw. absegneten.»⁴ Damit wurde zum einen auf die radikale Kritik von Organisations- und Gesellschaftsstrukturen und damit auf einen fortzusetzenden Prozess fokussiert, ohne die persönliche Verantwortung von Funktionsträger*innen der Partei infrage zu stellen. Zum anderen zeigte sich, dass mit dieser Kritik erst begonnen wurde: Noch ging es vor allem um die «Symptome» dieses Systems – «Machtmissbrauch [...]: Konzentration der Macht in den Händen eines arroganten Alleinherrschers, Steuerung der Wirtschaft durch eine Kommandozentrale, der es an Verständnis für elementare Bedürfnisse der produktiven und sozialen Bereiche der Gesellschaft und für die Lebensqualität der Bevölkerung fehlte, Reglementierung und bürokratische Zentralisation von Kultur, Wissenschaft und Bildung, die kritische Geister außer Lan-

des trieb, politische Entmündigung der Bürger unserer Republik und Kriminalisierung Andersdenkender, Verwandlung der Medienlandschaft in eine trostlose Informationswüste und eine widerliche Hofberichterstattung, Ausgrenzung der Parteibasis aus allen innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen [...] Morast der Korruption und der persönlichen Bereicherung [...] Unerträgliche Herrscherallüren einer Führungsgruppe und mancher Nacheiferer auch auf unterer Ebene.»⁵ Das Referat gab dem historischen Hintergrund der Entstehung dieser Strukturen und Verhaltensweisen breiten Raum, eine Verallgemeinerung stand aber noch aus: «Stalinismus als System» bedeutet die strukturell ermöglichte Unterdrückung von Selbstreflexion und Selbstkritik, von Kritik, Pluralität und kollektivem Lernen. Letztlich ging es darum, dass mit nicht-emanzipatorischen Mitteln keine Emanzipation erreicht werden kann. Die im Referat der Arbeitsgruppe vorgenommene Konzentration auf die eigenen Erfahrungen und sozialistischen Versuche war in der konkreten historischen Situation nicht nur verständlich, sondern völlig richtig und produktiv. Sie war für viele Genoss*innen eine Befreiung, verhalf ihnen zu Handlungsfähigkeit und wurde so zu einem entscheidenden Ausgangspunkt der strukturellen Erneuerung der Partei.

Dass die Anträge zur Selbstauflösung und Auflösung/Neugründung keine Mehrheit fanden, hatte auch und insbesondere mit der Rede von Hans Modrow zu tun: «Ich muss hier in aller Verantwortung sagen: Wenn bei der Schärfe des Angriffs auf unser Land dieses Land nicht mehr regierungsfähig bleibt, weil mir, dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, keine Partei zur Seite steht, dann tragen wir alle die Verantwortung dafür, wenn dieses Land untergeht.» Die Position wurde auch von wichtigen Exponenten der Erneuerung der Partei, so Gregor Gysi, Wolfgang Berghofer und Heinz Vietze, unterstützt. Das «mir, dem Ministerpräsidenten» bestätigte, dass die Partei noch am Beginn der Erneuerung stand. Aber insbesondere Modrows Worte «es geht um unser Land» und der Bezug auf die Verpflichtung gegenüber der Sowjetunion ließen die Mehrheit der Zaudernden für den Fortbestand der Partei stimmen. In diesem Sinne beschlossen die Delegierten, sich an alle Mitbürger*innen zu wenden und «sich im Namen der Partei gegenüber dem Volk aufrichtig dafür zu entschuldigen, dass die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat. Wir sind willens, diese Schuld abzutragen.»⁶

Der dritte Schritt: Entwicklung eines neuen Parteienverständnisses mit Hindernissen

Der Außerordentliche Parteitag nahm ein programmatisches Dokument und ein neues Parteistatut an. Damit verabschiedete man sich von der Idee der «führenden Rolle der Partei» in der Gesellschaft, deren Mitglieder Parteisolddaten sein sollten. Der Parteitag benannte die SED in Sozialistische Einheitspartei Deutschlands/Partei des Demokratischen Sozialismus um (SED-PDS). Aber der Wille und die Fähigkeit, die Partei umzubauen und einen anderen Politikstil zu entwickeln, mussten erst bewiesen werden. Wolfgang Berghofer, einer der prominentesten Persönlichkeiten der SED-PDS und deren stellvertretender Parteivorsitzender, verließ wenige Wochen nach dem Parteitag gemeinsam mit 39 anderen Dresdner Mitgliedern die Partei. Die Begründung lautete, dass die SED-PDS objektiv erneuerungsunfähig sei. Offensichtlich standen dahinter aber auch programmatische Dif-

ferenzen, da die Austrittserklärung mit einem Bekenntnis zu einem sozialdemokratischen Programm und so mit einem überkommenen Parteimodell verbunden war. In der PDS bildeten viele Erneuerungswillige an der Basis sofort Initiativgruppen, um einer Signalwirkung des «Promi-Austritts» und einem damit drohenden erneuten Zusammenbruch der Parteistrukturen offensiv zu begegnen. Diese Initiativgruppen wurden vielfach zu Interessen- und Arbeitsgemeinschaften in der Partei. Es waren mehrheitlich Frauen, die in dieser hoch komplizierten Zeit die Chance auf eine neue sozialistische Partei wahrten.

Wie schwierig sich der Erneuerungsprozess der Partei gestaltete, bewies insbesondere der Finanzskandal, der die Partei um eine große Gruppe jener brachte, die sich für die sozialistische Erneuerung engagierten. Eine kleine Gruppe von Funktionären versuchte im Oktober 1990, Parteigelder auf einem Moskauer Konto zu «parken». Ihr «Auffliegen» und die häufigen «Enttarnungen» von früherer «informeller Mitarbeit» von PDS-Funktionsträger*innen im Ministerium für Staatssicherheit der DDR haben tiefe Vertrauenskrisen bewirkt. Die schmerzlichen Austritte der besonders aktiven Mittdreißiger haben die soziale und demografische Entwicklung der PDS folgeschwer negativ geprägt.

«Erneuerung» bedeutete in mehrfacher Hinsicht eine Öffnung der Partei. Die hierbei Aktivsten diskutierten die Parteistrukturen ausgehend von ihren Erfahrungen und der Frage: Wie können mein Parteikollektiv und ich am wirksamsten die Parteipolitik beeinflussen? Die Diskussionen zu Statut und Programm kreisten um das «magische Viereck» sozialistischer Erneuerung bzw. erfolgreicher Entwicklung einer sozialistischen Partei:

- selbstkritische Reflexion, kulturelle Aufgeschlossenheit,
- Verknüpfung von Partei und sozialer Bewegung, Vernetzung von demokratischen und humanistischen linken Akteuren,
- Koordination und Zusammenführung schwerpunktbezogener analytischer, programmatisch-strategischer und konzeptioneller Arbeit,
- ständiges Bemühen um politische Bündnisse pro Demokratie, Gerechtigkeit, Solidarität und Ökologie.

Das zeigen das Parteiprogramm der PDS von 1993 und noch deutlicher von 2003 sowie das Statut der Partei von 1991. Das Statut ging von der Idee aus, dass die Parteimitgliedschaft für jene attraktiv sein soll, die der Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, die solidarisch miteinander in intakter Natur leben, anhängen, bzw. für jene, die radikal gegen Gewalt gegen die Menschen und die Zerstörung ihrer natürlichen Lebensbedingungen vorgehen wollen. Die in der selbstkritischen Auseinandersetzung radikalsten Parteimitglieder waren vielfach zugleich in sozialen Bewegungen wie in Interessen- und Arbeitsgemeinschaften der PDS aktiv. Das heißt: Sie wollten die inhaltliche Arbeit zu konkreten Politikfeldern nicht vor allem an Berufspolitiker*innen bzw. «Hauptamtliche» delegieren. Sie warben für ein Politikverständnis, das die konkreten Handlungsfelder so in die Gesamtpolitik integriert, dass sie zur Alltagspolitik der Parteimitglieder werden. Voraussetzungen dafür waren die Abschaffung des Verbots von Plattformen, die Ermöglichung der Selbstorganisation der Mitglieder in eigenen Strukturen, die im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten auch durch den Vorstand unterstützt wurden und in der Bundesgeschäftsstelle «ihre Leute» hatten. Damit entwickelte die PDS ein anderes Repräsentationsverständnis. «Interessen vertreten» war mit der Öffnung

für diejenigen verbunden, die die Interessen, die man zu vertreten meint, auch haben.

Diese Alltagspolitik sollte immer eine aktive Suche sein nach Gemeinsamkeiten mit anderen demokratischen und humanistischen Akteuren und nach Wegen, diese gemeinsam politikwirksam zu machen und konkrete Probleme der Mitmenschen zu lösen. Elementar dafür war der Übergang von der arbeitsplatzbezogenen zur wohnortbezogenen Organisationsstruktur, vom Aufnahme- zum Beitrittsprinzip und die Öffnung der Strukturen für mit der Partei Sympathisierende. Konkret bedeutete das, dass auch die strategischen Richtungsbestimmungen über Interessen- und Arbeitsgemeinschaften, die für Sympathisant*innen offen waren, in der Basis diskutiert und entwickelt wurden. Lokale und alltägliche Fragen, strategische Überlegungen und Projekte sollten durch das Gleichgewicht von Wohnort- und Interessen- bzw. fachlichem Bezug verbunden werden. Dieser Kombination hat die PDS ihr Überleben zu verdanken. Die heute oft anzutreffende Reduzierung auf den Aspekt einer ostdeutschen «Kümmererpartei» greift viel zu kurz.

Allerdings scheiterten auch interessante Ansätze, die mit Blick auf die Entwicklung linker Parteiprojekte in den letzten 30 Jahren wie auch der PDS aktuell bleiben. Das betrifft zum Beispiel die Veränderung der Rolle und des Selbstverständnisses des Parteitagess als «arbeitendes Gremium». Der Vorstand sollte zu einem «ausführenden Organ» werden, wobei in den «Kommissionen» des Vorstandes Delegierte des Parteitagess thematisch mitwirken sollten. Dass das nicht erreicht wurde, lag wesentlich an mangelnden Kapazitäten. Während die Quotierung wenigstens weitgehend Realität wurde, scheiterten Ansätze der Rotation und Amtszeitbegrenzung. Das Anliegen, die Parteibüros flächendeckend als soziale und kulturelle Anlaufpunkte zu gestalten, konnte aus finanziellen Gründen nur begrenzt realisiert werden.

Entscheidend ist jedoch, dass sich die Dynamik des Aufbruchs in den «Mühen der Ebene» nicht verstetigen ließ. Die PDS versagte in dem Maße, in dem sich parlamentarische Strukturen bzw. solche in Verwaltungen konsolidierten und ein eigenes Leben entwickelten. Die Partei fand keinen Weg, die Erfahrungen von 1989/90 auf diese Situation anzuwenden. Die Spezifik und Rolle der Fraktionen und Wahlbeamten als Machtfaktor in den innerparteilichen Beziehungen wurden weitgehend als «naturegegeben» hingenommen. Damit aber schwanden vielfach solidarische Beziehungen und emotionale Parteiverbundenheit. Das «wir an der Basis» reflektiert(e) Unzufriedenheit, die aber eher kaum in neue nachhaltige Arbeitszusammenhänge und eine solidarisch ermutigende Parteikultur mündet(e).

WAS IST DIE BLEIBENDE ERFAHRUNG?

Die SED hatte versucht, mittels oder wenigstens unter Akzeptanz antiemanzipatorischer Gesellschaftspolitik eine sozialistische Gesellschaft zu errichten. Das musste scheitern, weil Sozialismus eine emanzipativ-solidarische gesellschaftliche Bewegung bzw. Gesellschaft ist. Das Ziel rechtfertigt eben nicht die Mittel, so schwer das dann im Konkreten ist – die Mittel müssen dem Ziel entsprechen, dynamisch und attraktiv zum Mittun motivieren. Anders kann Freiheit in Gleichheit nicht konsequent verfolgt und realisiert werden.

Ein Gegenentwurf zu den tradierten Parteiprojekten bedeutet, immer wieder zu reflektieren, ob und inwiefern die emanzipativen und solidarischen Aktivitäten der Parteimitglieder Ausgangspunkte für die Entwicklung der Parteipolitik

sind und gefördert werden. Die politischen Handlungsmöglichkeiten in den widersprüchlichen gesellschaftlichen Verhältnissen müssen fortwährend kollektiv analysiert und ihre Nutzung selbstkritisch reflektiert werden. Weil nur wenig gemeinsam gefragt und diskutiert wird, was die gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Machtverhältnisse «mit uns machen», gibt es zu wenig nachhaltige Arbeit an solidarisierenden Gegenkulturen und -strategien. So ist unsere Praxis nicht recht von gemeinsamem Lernen und Experimentieren, von Ideenreichtum, Geist und Humor geprägt. Das zeigt sich dann auch in programmatischen und strategischen Defiziten und Streiterei statt Streit. So kann man sich aber nicht kulturell, programmatisch und strukturell verankern und auch nicht wachsen.

Das «magische Viereck» sozialistischer Erneuerung bestimmt bisher das Dasein keiner linken Partei in Deutschland. Den Parteivorstand zu einem «ausführenden Organ» des Parteitagess mit thematisch arbeitenden «Kommissionen» aus Delegierten zu machen, wurde noch nicht konsequent versucht. Das gilt auch für die durchgängige Rotation und Amtszeitbegrenzung für Gewählte und für spezifische Gruppen Hauptamtlicher. Die Parteibüros sind noch nicht flächendeckend zu sozialen und kulturellen Anlaufpunkten geworden. Das aber sollten sie werden!

Das A und O für jeden Erfolg bleibt der ehrliche Umgang mit den eigenen Mitgliedern, mit ihren Kompetenzen und Interessen, denn erst einmal repräsentiert eine Partei immer sich selbst, den Willen ihrer Mitglieder zur Gesellschaftsveränderung. Emanzipativ-solidarische Transformations- und nachhaltige Entwicklungsprozesse können in der Gesellschaft nur gelingen, wenn man sich über die linke Partei nicht in der Gesellschaft einrichten kann und wenn man die eigene Partei vorrangig durch die «Mitgliederbrille» und erst nachrangig mit einer «Medienbrille» kritisch sieht.

Lutz Brangsch und Judith Dellheim sind Referent*innen am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gabi Zimmer war unter anderem Vorsitzende der PDS von 2000 bis 2003, von 2004 bis 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments, von 2012 bis 2019 Präsidentin der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament.

¹ Vgl. www.ddr89.de/texte/land.html. ² Er wurde von Angehörigen der oppositionellen Gruppen gegründet und verstand sich «als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle in unserem Land». Schwerpunkte waren ursprünglich die Vorbereitung der Volkskammerwahlen und die Arbeit an einer neuen Verfassung. Letztlich erfassten die Arbeitsgruppen und die entsprechenden Beschlüsse aber praktisch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. ³ Der Arbeitsgruppe gehörten an: Markus Wolf, Ulrich Peckdas, Günter Benser, Kurt Finker, Karl-Heinz Jahnke, Kurt Libera, Gisela Schott und Michael Schumann. ⁴ «Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!», Referat auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED in Berlin am 16. Dezember 1989, zitiert nach Adolphi, Wolfram (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989–2000. Mit einem Geleitwort von Lothar Bisky, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 12, Berlin 2004, S. 34. ⁵ Ebd., S. 35. ⁶ Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED-PDS: Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin (mit einer CD ausgewählter Original-Mitschnitte), Berlin 1999, S. 142.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 4/2020 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171

Redaktionsschluss: Februar 2020

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation